

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen  Zentralverbandes * Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die graphische und papierverarbeitende Industrie

22. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf.
monatlich 20 Pf. ohne Postgebühren

Berlin, den 27. November 1926

Ersteinst vierteljährlich Samstag
Eingelnummer Loket 10 Pfennig

Nummer 24

Bekanntmachung

Nach dem Beschluß unserer Generalversammlung in Freiburg i. Br. kommen vom 1. Januar 1927 neue Beitragsmarken zur Verwendung. Die Bezeichnung A-Klasse fällt fort. Diese Klasse ist dann I. Klasse, die bisherige I. Klasse ist dann II. Klasse usw. Die Farbe der Marken bleibt dieselbe wie bisher.

Vom 1. Januar 1927 ab dürfen also nur die neuen Marken Verwendung finden. Es ist daher notwendig, daß alle Mitglieder bis zum 1. Januar ihre Beiträge restlos bezahlt haben, um den Vertrauensmännern und Kassierern die Abwicklung dieser Neueinführung nicht unnötig zu erschweren.

Die neuen Marken werden den Kassierern mit den Abrechnungsformularen für das 4. Vierteljahr 1926 zugesandt.

Unser Postcheckkonto in Berlin ist vom 1. Dezember 1926 ab aufgehoben. Zahlkarten mit dem Aufdruck Berlin 124794 können nicht mehr benutzt werden.

Der Zentralvorstand
J. A.: Joseph Hillen.

Wie steht es mit der Gesamtbewegung?

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften veröffentlicht jetzt seinen Jahresbericht für 1925. Mit Genugtuung wird festgestellt, daß im Berichtsjahr manche gewerkschaftlichen Eroberungen gemacht werden konnten. Deutlich zeigt sich dies in der Steigerung des Index-Lohnes für Vollarbeiter von 69,3 auf 71,1 Pfennig pro Stunde. Selbst die sich stetig verschärfende Arbeitsmarktlage im zweiten Halbjahr 1925 hat infolge der Gegenwehr der organisierten Arbeiterschaft den Durchschnitts-Lohn nicht herabdrücken vermocht. In der Erkenntnis, daß ein hoher Nominallohn wenig bedeutet, die Kaufkraft des Lohnes vielmehr in erster Linie entscheidend für seinen Wert ist, waren die christlichen Gewerkschaften bemüht, einer Preisentwertung den Weg zu bereiten, was angeichts vieler überlegter Preise nicht als Unmöglichkeit erschien. Besonders setzten diese Bemühungen im zweiten Halbjahr ein, wo infolge der sich verschärfenden Arbeitsmarktlage nominelle Lohnhöhungen nur noch schwer zu erreichen waren. Die Reichsregierung zeigte den ernststen Willen, für Preisentwertungen die Bahn frei zu legen. Leider hat dieses Bemühen nicht den gewünschten Erfolg, da nicht nur die Profitinteressenten geschlossen dagegen standen, sondern auch die freien Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei die Preisabbaupolitik sabotierten, angeblich, weil sie sich keinen Erfolg davon versprachen. Trotzdem gelang es, die Preisentwertung in gesünderen Bahnen zu halten als vordem.

Im Klassenkämpferischen Lager der deutschen Arbeitgeber zeigte sich im Berichtsjahr ein starker Wille, den Weg zum Aufstieg der Arbeiterschaft zu verbauen. Freilich war man tug genug, das nicht offen erkennen zu lassen. Immer wieder wurden Notwendigkeiten der Wirtschaft vorgeschützt, um die staatliche Politik zugunsten der Arbeitgeberwünsche zu beeinflussen. Eingaben und Denkschriften zur Wirtschaftslage und gegen die Verstärkung der Soziallast der

deutschen Wirtschaft bildeten in der Regel den Auftakt zu besonderen antisozialen Propagandaaktionen. Die Gewerkschaften waren nicht untätig, diese Verheerungen abzuwehren. Sie hatten dabei Erfolg. Zustatten kam den Gewerkschaften in der Abwehr die Aufklärung über die sehr zweifelhaften Methoden der Arbeitgeberpropaganda. Inzwischen hat man im Arbeitgeberlager sehr viel gelernt. Das kann allerdings für die Gewerkschaften kein Anlaß sein, sich in Sicherheit zu wiegen.

Neben den Lohnsteigerungen konnten die Gewerkschaften im Berichtsjahr nicht unbedeutende Erfolge auf sozialpolitischen Gebieten buchen. Die zu einem gewissen Stillstand gekommene Selbsthilfebewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit fand eine Korrektur in der Wiedereinführung der dreigeteilten Arbeitszeit für die Feuerarbeiter an den Hoch- und Kotsöfen. Die Erwerbslosenfürsorge erhielt nicht zuletzt auch durch das Drängen der christlichen Gewerkschaften wertvolle Verbesserungen. Die Neuformung der Unfallversicherung bedeutet ebenfalls einen merkwürdigen Fortschritt. In der Verteilung der steuerlichen Lasten kann zwar von einer der Tragfähigkeit der geringeren Einkommen entsprechenden Lösung noch nicht gesprochen werden. Doch gelang es, auch hier Erleichterungen zu schaffen durch die Senkung der Lohnsteuer und der Umsatzsteuer. Die Bemühungen der Gewerkschaften zur Ausgestaltung der sozialen Gesetzgebung sind mit diesen Angaben nur andeutungsweise wiedergegeben. Daß die Bemühungen nicht unterbrochen, sondern erfolgreich weitergeführt werden müssen, ist eine Selbstverständlichkeit.

Wenn diesen Erfolgen für die Arbeiterschaft eine aufsteigende Mitgliederentwicklung der christlichen Gewerkschaften im Berichtsjahr nicht gegenübersteht, so findet das seine Erklärung in Dingen, die die christlichen Gewerkschaften weit stärker berührten als jede andere Gewerkschaftsrichtung. Die Arbeitslosigkeit trat am stärksten in den westlichen Gebieten auf, die als Stammrekutierungsgebiete der christlichen Gewerkschaften gelten. Weitere besondere Schwierigkeiten entstanden den christlichen Gewerkschaften durch die Veruche, die parteipolitischen Lebensweisen in das gewerkschaftliche Lager hineinzutragen. Der politische Kampf für und gegen Stegerwald, die beiden Reichspräsidentenwahlen, das Volksbegehren und der Volksentscheid, der Streit um die Reichsfarben und die Wehrverbände waren störend ihre Wellen in den Arbeitsbereich unserer christlichen Gewerkschaften. Während so die christlichen Gewerkschaften ihre grundsätzliche parteipolitische Neutralität gegen die Einwirkungen von außen schwer verteidigen mußten, hatten die freien Gewerkschaften mit ihrer eindeutigen Parteinahme, die jetzt von niemandem mehr bestritten wird, eine wesentlich leichtere Stellung.

Unter Berücksichtigung all dieser Schwierigkeiten bedeutet der Mitgliederertrag der Gesamtbewegung keinen Verlust. Dieser Rückgang beträgt 25 274 und wird bald wieder eingeholt sein. Am Jahreschluß 1925 zählte der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften 587 678 Mitglieder. Gegenüber dem Mitgliederertrag steht eine sehr stark vermehrte Einnahme der Verbände. Diese Tatsache läßt die innere Festigung klar erkennen. Ebenso läßt sie darauf schließen, daß die Verbände in den Angaben ihrer Mitglieder, wenn sehr vorsichtig zu Werke gehen. Während das Jahr 1924 eine Gesamteinnahme von 9 678 190 Mark brachte, weist die Statistik des Berichtsjahres eine Gesamteinnahme von 14 059 573 Mark auf. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung der Einnahmen um rund 45 Prozent. Diese Entwicklung dürfte auch zurückzuführen sein auf das Bestreben der meisten Verbände, mit den niedrigen Beiträgen möglichst aufzuräumen und die Mitglieder zur Leistung eines angemessenen Beitrages zu erziehen. Es stehen allerdings neben den stark erhöhten Einnahmen noch

stärker gestiegene Ausgaben. Den Ausgaben im Berichtsjahre von 12 204 585 Mark stand im Jahre 1924 nur eine Ausgabe gegenüber von 7 939 945 Mark. Das bedeutet eine Ausgabensteigerung im Berichtsjahre gegenüber dem Vorjahre um rund 53 Prozent. Die Durchsicht der Ausgabenposten ergibt, daß fast sämtliche Konten eine Steigerung aufweisen, am stärksten aber die des Unterhaltungswesens. Die rückläufige Arbeitsmarktlage brachte stark erhöhte Ausgaben der Verbände für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. Ebenso ergab sich eine wesentliche Steigerung der Ausgaben für Arbeitskämpfe. Das Vermögen der Verbände weist gleichfalls eine Steigerung auf.

Jetzt und in der Zukunft tritt die Notwendigkeit gewerkschaftlichen Wirkens besonders stark hervor. Wir dürfen die Zeit der Umstellung der Wirtschaft im Sinne einer rationalen Betriebsführung und gesteigerten Produktionsweise nicht tatenlos verstreichen lassen, wenn wir nicht wollen, daß verjährt wird, was vielleicht nie wieder einzuholen ist. Es wäre falsch, zu erhoffen, allein staatliche Hilfe würde der Arbeiterschaft das bringen, worauf sie berechtigten Anspruch erheben zu können glaubt. Soweit die Staatshilfe einsetzt, wird sie immer nur dort zur Auswirkung kommen, wo die Kräfte zur Selbsthilfe sich regen. Die christlichen Gewerkschaften werden sich entscheiden einsetzen für ein Arbeitsschutzgesetz, das die achtstündige Arbeitszeit auch praktisch wieder zur Norm im deutschen Wirtschaftsleben macht. Nicht minder gilt es, ein Arbeitslosenversicherungsgesetz als bald zu erlangen, das die Mängel der Erwerbslosenfürsorge beseitigt. Der Lösung harren noch die Probleme der Arbeitsgerichtsbarkeit, ferner der gleichberechtigten Eingliederung der Arbeiterschaft in die öffentlichen Berufsämtern usw.

Alle damit erstrebten Verbesserungen der sozialen Lage der Arbeiterschaft werden nur dann volle Wirkung haben, wenn ein starker, gewerkschaftlicher Wille in der Arbeiterschaft führend ist. Der Gedanke der Notwendigkeit einer Lohnsteigerung wird z. B. nicht nur dann einsetzen dürfen, wenn die in Aussicht stehende stärkere Belastung entschuldeten Hausbesitzes durch höhere Hauszinssteuer eine Ausgleichung der Mieten alter Häuser an die in neuen Häusern bringt. Die Arbeiterschaft muß wollen, nicht nur den Reallohn und die realen Lebensverhältnisse der Vorkriegszeit wieder zu erreichen, sondern darüber hinaus muß sie Anspruch erheben auf die volle Teilnahme an den wirtschaftlichen Fortschritten, die Rationalisierung, Vertiefung, Produktionssteigerung usw. in sich bergen.

Wie in der Vergangenheit, werden auch in Zukunft die christlichen Gewerkschaften mit Segnern ihrer Wirksamkeit rechnen müssen. Schon jetzt ist festzustellen, daß die antisozialen Handlanger der Arbeitgeber, die Gelben, den Kampf mit den ihnen zur Verfügung gestellten Mitteln viel stärker gegen die christlichen als gegen die sozialistischen Gewerkschaften führen. Das bedeutet zwar keine Schwächung der christlichen Gewerkschaften, aber doch eine Demütigung für ihre organisatorische Entfaltung in manchen Gebieten, wo sie heute nur schwach oder gar nicht vertreten sind. Wo die Gelben sich unter dem Ruf der Sammlung der nichtsozialistischen Arbeiter einstellen und abwickeln, da steht die sozialistische Gedankenwelt unter der Arbeiterschaft nur um so üppiger hoch.

Den christlichen Gewerkschaften kommt für ihre Arbeit zustatten, daß die innere Geschlossenheit eine gute ist. Der ganze Zustand der Bewegung deutet auf eine Entwicklung hin, die eine solide und erfolgreiche Wirksamkeit auch fernerhin verspricht. An uns liegt es, zu einem weiteren Aufstieg die Kräfte einzusetzen. Wer für seine Berufsorganisation arbeitet, der stellt damit auch die gesamte christliche Gewerkschaftsbewegung.

Einigkeit und Geschlossenheit bringen Erfolg!

Die Gewerkschaft ist die erste Voraussetzung des erfolgreichen wirtschaftlichen Befreiungskampfes!

Die Erwerbslosenunterstützung

Durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 9. November 1926 wurde die Erwerbslosenunterstützung mit Wirkung vom 8. November bis zum 31. März 1927 neu geregelt. Dieser Regelung gingen im Reichstage Kämpfe voraus, die man als höchst eigenartig bezeichnen muß. Es sah so aus, als wenn mit dem an sich doch schon bedauerlichen Schicksal der Erwerbslosen noch Schindluder getrieben werden sollte. Die Parteien überboten sich gegenseitig aus taktischen Gründen mit ihren Anträgen. Als der Reichsarbeitsminister das wehrliche Spiel sah, mit dem die Art der Erwerbslosen keineswegs gemindert werden konnte, ging er kurz entschlossen zur Tat über. Diese Tat ist die Verordnung, die Erhöhungen der Erwerbslosenunterstützung von 10 Prozent für Nichtalleinstehende und von 15 Prozent für Alleinstehende bringt. Weiter bringt die Verordnung eine Erhöhung der Mindergrenze von 3 auf 4 Runder.

In den einzelnen Wirtschaftsgebieten betragen vom 8. November 1926 ab die Höchstsätze in der Erwerbslosenunterstützung wochentäglich in Reichspfennigen:

Wirtschaftsgebiet I (Ostpreußen, Pommern, Schlesien und die Grenzmark):

	in den Orten der Ortsklasse			
	A	B	C	D u. E
1. für Personen über 21 Jahre				
a) alleinstehende	175	163	152	128
b) nicht alleinstehende während der ersten acht Unterstützungswochen	152	142	132	122
c) nicht alleinstehende vom Beginn der neunten Unterstützungswoch an	167	156	145	122
2. für Personen unter 21 Jahre				
a) alleinstehende	115	107	99	78
b) nicht alleinstehende während der ersten acht Unterstützungswochen	91	86	80	75
c) nicht alleinstehende vom Beginn der neunten Unterstützungswoch an	100	84	87	75
3. als Familienzuschläge für				
a) den Ehegatten	48	45	42	39
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	33	31	29	27
Höchstunterstützung in den ersten 8 Wochen vom Beginn der 9. Woche ab	347	325	303	269

Wirtschaftsgebiet II (Berlin, Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Mecklenburg, Hannover):

	in den Orten der Ortsklasse			
	A	B	C	D u. E
1. für Personen über 21 Jahre				
a) alleinstehende	205	191	177	152
b) nicht alleinstehende während der ersten acht Unterstützungswochen	178	167	156	145
c) nicht alleinstehende vom Beginn der neunten Unterstützungswoch an	196	183	169	145
2. für Personen unter 21 Jahren				
a) alleinstehende	136	127	117	92
b) nicht alleinstehende während der ersten acht Unterstützungswochen	108	101	95	88
c) nicht alleinstehende vom Beginn der neunten Unterstützungswoch an	119	111	103	88
3. als Familienzuschläge für				
a) den Ehegatten	55	52	49	46
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	39	37	36	33
Höchstunterstützung in den ersten 8 Wochen vom Beginn der 9. Woche ab	389	367	345	323

Wirtschaftsgebiet III (Rheinland, Westfalen, Süddeutschland):

	in den Orten der Ortsklasse			
	A	B	C	D u. E
1. für Personen über 21 Jahre				
a) alleinstehende	220	205	190	162
b) nicht alleinstehende während der ersten acht Unterstützungswochen	191	179	167	155
c) nicht alleinstehende vom Beginn der neunten Unterstützungswoch an	210	196	182	155
2. für Personen unter 21 Jahren				
a) alleinstehende	145	136	127	97
b) nicht alleinstehende während der ersten acht Unterstützungswochen	116	108	100	92
c) nicht alleinstehende vom Beginn der neunten Unterstützungswoch an	128	119	110	92
3. als Familienzuschläge für				
a) den Ehegatten	60	56	52	48
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	42	40	38	36
Höchstunterstützung in den ersten 8 Wochen vom Beginn der 9. Woche ab	419	395	371	347

Im Sinne der Anordnung sind „alleinstehende“ Erwerbslose solche, die weder Familienzuschläge beziehen, noch dem Haushalte eines anderen angehören, „nicht alleinstehende“ Erwerbslose sind alle übrigen.

Soweit die Gesamtunterstützung den durchschnittlichen Arbeitsverdienst vergleichbarer Arbeitnehmergruppen erreichen würde, dürfen die Familienzuschläge die Unterstützung, die der Erwerbslose für seine Person erhält (Hauptunterstützung), nicht übersteigen. Die selbständigen Unterstützungen, die mehrere in einem gemeinschaftlichen Hausstand lebende Familienmitglieder erhalten, dürfen insgesamt das Zweieinhalbfache der Unterstützung nicht übersteigen, die dem höchstunterstützten Mitglied der Familie für seine Person zuteilt. Der Vorstand der Familie gilt im Sinne dieser Bestimmung als ihr Mitglied. Sind Vermögensverträge auszuzahlen, die nicht durch 5 teilbar sind, können sie auf den nächsthöheren, durch 5 teilbaren Betrag aufgerundet werden.

Die Bedürftigkeitsprüfung in der Erwerbslosenfürsorge ist leider noch nicht beseitigt. Vom Reichsarbeitsminister wurde aber die Erklärung abgegeben,

Da habt ihr's!

„Eine Lohnerhöhung wäre immerhin möglich, wenn die Arbeitnehmer stark genug organisiert wären, um sich einen gleichmäßig bleibenden Anteil an der allgemeinen Wohlstandszunahme jeweils zu erkämpfen; daran mangelt es aber.“

Das schreibt ein den Unternehmern nahestehendes Blatt, die „Industrie- und Handelszeitung“ vom 18. März 1926. Das Blatt weiß, wo die Hade am Stil fikt, und wer allein in der Lage ist, höhere Löhne zu erkämpfen. Sehr viele Mitarbeiter wissen das noch nicht, denn sonst könnten sie sich nicht an der Organisation vorbeirücken. Lohnerhöhung ist eine Folge der Organisationskraft. Kolleginnen und Kollegen, merkt euch das!

daß schändliche Ermittlungen unterbleiben werden, daß ferner kleiner Eigenleiß und Sparprossen nicht dazu führen könnten, die Unterstützung zu verweigern. Wir erwarten, daß sich die zuständigen Instanzen nach dieser Erklärung auch richten werden. Darüber hinaus fordern wir Beseitigung dieser Bedürftigkeitsprüfung schon vor Verabschiedung der Arbeitslosenversicherung.

Niederrheinliche Bezirkskonferenz

Am 7. November fand in Düsseldorf unsere Bezirkskonferenz statt. Außer den Delegierten der Zahlstellen, die zahlreich erschienen waren, nahmen an der Konferenz teil der Zentralvorsitzende Kollege Hornbach, Kartellsekretär Kollege Arnold (Düsseldorf) und teilweise auch Verbandsvorsitzender Kollege Fahrnbach vom christlichen Textilarbeiterverband.

Bezirksleiter Kollege Schmitz (M. Gladbach) gab den Bericht über die Lage im Bezirk. Aus dem Bericht war zu ersehen, daß wirtschaftlich die Lage noch nicht als gut bezeichnet werden kann. Schwer unter der Arbeitslosigkeit haben gelitten die Geschäft- und Gebührendindustrie sowie das Steinbruchgewerbe. Augenblicklich ist eine leichte Belebung festzustellen. Die schlechte Wirtschaftslage hat auf die Gewerkschaftsbewegung ungünstig eingewirkt. Zurzeit ist wieder eine Aufwärtsbewegung in der Mitgliederzahl zu verzeichnen.

Zentralvorsitzender Kollege Hornbach besprach die Vorgänge am tariflichen Gebiete. Besonders anschaulich schilderte er die letzte Verhandlung im Reichsarbeitsministerium über Allgemeinverbindlichkeitserklärung des F.V.B.-Tarifs. Die Art und Weise, wie die Tarifgegner auf Arbeitgeberseite unter Führung von Herrn Nabe (M. Gladbach) gegen die tarifliche Rechte der Arbeiter ankämpften, zeigt mit aller Deutlichkeit, daß Verständnis für die Wünsche der Arbeiterschaft von jener Seite nicht zu erwarten ist. Auch für die Zukunft wird gegenüber diesen Herrschaften nur Kampf die Lösung sein.

Die Berichte der Zahlstellen brachten manches Erfreuliche. Überall ist die Werbearbeit ausgenommen worden. Mit einigen Ausnahmen konnten alle Zahlstellen Mitgliederzuwachs melden. Aus allen Berichten klang heraus, daß nur durch Hausausleitung ein Vorkommen möglich sei. Einzelne Zahlstellen, z. B. M. Gladbach, konnten melden, daß, obwohl die Hausausleitung noch nicht ganz durchgeführt sei, jetzt schon die Hälfte der noch absetzenden gewonnen wurde. Es geht also vorwärts.

Nachdem noch der Kassenbericht gegeben und die Vorstandswahl getätigt worden war, wurde in die Mittagspause eingetreten. Während der Mittagszeit fand eine Besichtigung der Firma „Papyrus“, Filial-

betrieb der Firma Gebrüder Rechner Leipzig, statt. Auch an dieser Stelle sprechen wir der Firma für ihre freundliches Entgegenkommen unseren besten Dank aus.

In der Nachmittags Sitzung wurde ein Vortrag des Kartellsekretärs Kollegen Arnold (Düsseldorf) „Die Nationalisierung der Wirtschaft“ entgegengenommen. Das Referat fand lebhaften Beifall. Unsere Leser werden den Vortrag in nächster Nummer finden.

Unter „Verschiedenes“ wurde festgelegt, daß im Frühjahr 1927 die nächste Konferenz in Sieveler stattfinden soll. Am 5. Uhr fand die Konferenz mit einem Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung und insbesondere auf den Graphischen Zentralverband ihr Ende.

Zum guten Gelingen der Konferenz hatte die Düsseldorf Kollegenchaft unermüdet beigetragen. Ihr sei ein besonderes Lob für die musterartige Vorbereitung ausgesprochen. B. Sch.

Im Anschluß an die Niederrheinliche Bezirkskonferenz am 7. November 1926 fand abends in den festlich geschmückten Sälen des Paulushauses eine gut besuchte und in allen Teilen gut gelungene Jubelfeier aus Anlaß des 20jährigen Bestehens der Düsseldorf Zahlstelle statt. Unter den Ehrengästen bemerkte man den Gründer der Zahlstelle, Kollegen Christian Schmitz, den jetzigen Zentralvorsitzenden des Nahrungs- und Genussmittelindustriearbeiter-Verbandes, die Zentralvorsitzenden Heinrich Fahrnbach (Textilarbeiter), Gerhard Cammann (Tabakarbeiter), unseren Zentralvorsitzenden Adam Hornbach sowie unseren Bezirksleiter Kollegen Bernhard Schmitz (M. Gladbach). Die Delegierten der Bezirkskonferenz sowie verschiedene Kollegen aus Köln und Essen hatten es sich nicht nehmen lassen, an unserer Feier teilzunehmen. Ein von Kollegen Heinrich Ortman verfaßter und von der Kollegin Gerda Wohl recht wirkungsvoll zum Vortrag gebrachter Prolog berichtete über die allezeit treue Zusammenarbeit zwischen Ortsverein und Zentralvorstand. Kollege Hornbach gedachte in seiner Rede auch unseres ältesten Mitgliedes und Mitbegründers der Zahlstelle, unseres schon seit 15 Jahren treubewährten Kassierers Kollegen Josef Focke. Der Vorsitzende Kollege Hagedorn überreichte diesem treuen Kämpfer im Anstich der Zahlstelle eine von Kollegen Nagei künstlerisch angefertigte Schreibmappe als kleine Anerkennung. Das Programm wickelte sich in allen Einzelheiten trefflich ab. Im besonderen gefielen die Darbietungen der verschiedenen Künstler sowie die von den Kolleginnen der Zahlstelle sehr schön zur Aufführung gebrachten Volkstänze. Zur dauernden Erinnerung an die Jubelfeier gab die Zahlstelle eine 24 Seiten starke hübsche Festschrift heraus mit Beiträgen der Kollegen Hagedorn, Moser, Ortman und Arnold. K. M.

Volkswirtschaft — Sozialpolitik

Gegen die Überstundenarbeit. In einem im „Reichsarbeitblatt“ (Nr. 43 vom 16. 11. 1926) abgedruckten, am die Sozialministerien der Länder gerichteten Erlaß des Reichsarbeitsministers wendet sich dieser gegen die Überstundenarbeit. Er verweist auf die Winderung der Erwerbslosigkeit, die mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung erreicht wird, aber nicht erreicht werden kann, wenn die vermehrte Arbeitslosigkeit durch Überstunden der vorhandenen Belegschaft wieder aufgelogen wird. Wörtlich heißt es in dem Erlaß:

„Eine sichtbare Entlastung des Arbeitsmarktes wird jedoch nur erreicht werden, wenn auch jede andere Arbeitsgelegenheit außerhalb des Arbeitsbeschaffungsprogramms zugunsten der Erwerbslosen ausgenutzt und Überstundenarbeit allgemein nur in dem unbedingt notwendigen Maße ausgeführt wird. Sichtlich ist die Überarbeit nicht ganz vermeidbar, und zur Bewältigung eines vorübergehenden Arbeitsbedarfs wird dem Arbeitgeber die Einstellung neuer Arbeitskräfte nicht zugemutet werden können. Allein in zahlreichen Fällen hat die zu erhebende Mehrarbeit einen so großen Umfang und ist vorausichtlich von so großer Dauer, daß es nicht gerechtfertigt wäre, sie als Überarbeit ausführen zu lassen. Auch in Fällen, in denen es sich um einen zwar vorübergehenden, aber zu bestimmten Tagen vorausgehenden Mehrarbeitsbedarf handelt, wird zu prüfen sein, ob ihm nicht durch Einstellung von Hilfskräften für diese Tage oder durch Beschäftigung einer vermehrten Arbeitnehmerzahl veranlaßt, daß ihrer Mehrarbeit zu bestimmten Zeiten eine Minderarbeit zu anderen Zeiten entspricht, begünstigt werden kann.“

Zum Schluß wird in dem Erlaß an die Einzelländer gefordert, die Gewerbe- und Bergbauver-

Arbeitet für unsern Aufstieg! Bekämpft alle Lauheit, Wankelmütigkeit und Unentschlossenheit!

amten anzuweisen, bei der Bewilligung von Arbeitszeitverlängerungen mit äußerster Vorsicht vorzugehen und bei der Prüfung die gegenwärtige ungünstige Lage des Arbeitsmarktes mit zu berücksichtigen. Besondere Aufmerksamkeit soll jenen Arbeitsgelegenheiten zugewendet werden, die durch Maßnahmen der öffentlichen Hand geschaffen werden. Ueberstundenarbeit sei hier unter allen Umständen auszuschließen, soweit nicht technische oder organisatorische Gründe vorübergehend eine Ueberarbeit nötig machen.

Geldkrise für Ueberkunden. Die Gewerkschaften aller Richtungen machten in einer gemeinsamen Entschliessung die Forderung auf den Widerspruch aufmerksam, der darin liegt, daß auf der einen Seite ein Meer von Arbeitslosen keine Arbeit finden kann, auf der anderen Seite aber die gelegentlich der Nationalisierung der Betriebe stark vermindernden Belegschaften eine Anzahl von Ueberkunden abstellen müssen. In einem besonders traurigen Falle haben jetzt die Behörden erfreulicherweise den Mut zu energischem Durchgreifen gefunden. Der Direktor der Filiale der Dresdener Bank in Frankfurt a. M. ließ die Angestellten seiner Bank wöchentlich bis zu 71 Stunden arbeiten, obgleich gerade unter den Bankbeamten die Not der Stellenlosigkeit ungeheuer groß ist. Er wurde jetzt zu einer Geldstrafe von 4000 Mark verurteilt. Dieses Beispiel sollte für die vielen Betriebsinhaber und Leiter, die sich tagtäglich der gleichen Verführung schuldig machen, eine deutliche Warnung sein.

Der Frauenüberschuß. Nach den Ergebnissen der Volkszählung vom Jahre 1925 entfallen in Deutschland auf 1000 Männer 1072 Frauen (ortsanwesende Bevölkerung). Der Frauenüberschuß ist damit dreimal so groß wie 1907. Während nun aber 1907 der Frauenüberschuß sowohl in den Landgemeinden, auf 1000 Männer 1040 Frauen entfielen, als auch in den Großstädten mit 1049 Frauen auf je 1000 Männer gegenüber dem Reichsdurchschnitt von 1026 Frauen auf je 1000 Männer ganz besonders hoch war, dagegen in den Klein- und Mittelstädten fast ebensoviel Frauen als Männer lebten, hat sich dieses Verhältnis nach dem Krieg völlig verkehrt: in den Großstädten ist der Frauenüberschuß von 1049 auf 1115, also ganz gewaltig gestiegen, in den Landgemeinden ist er etwa derselbe geblieben, steht aber nun unter dem Reichsdurchschnitt. Dagegen haben jetzt die Mittelstädte, in denen sich früher die Zahl der Männer und der Frauen die Waage hielt, einen Ueberüberschuß von 68 Frauen auf je 1000 Männer.

Rückgang des Fleischverbrauchs. Seit der Stabilisierung der Mark ist ein dauernd steigender Fleischkonsum zu beobachten, der jedoch den Vorkriegsverbrauch noch lange nicht erreicht hat. Aus Inlandsfleischmengen und Einfuhrüberschuß ergab sich ein Fleischverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung in der zweiten Hälfte 1913 von 26,69 kg. Im ersten Halbjahr nach der Stabilisierung der Währung 1924 betrug der so berechnete Fleischverbrauch 19,61 kg und liegt dann in dem folgenden Halbjahre auf 22,76, dann auf 23,01 und in der zweiten Hälfte 1925 auf 23,99 kg. In der ersten Hälfte des Jahre 1926 sank der Fleischkonsum jedoch auf 23,28 kg. Zwar ist dieser Konsum noch höher als in der ersten Hälfte des Vorjahres, trotzdem bedeutet der Rückgang eine Unterbrechung der aufsteigenden Linie, der ohne Zweifel auf die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit und den damit verbundenen Ausfall an Konsumkraft zurückzuführen ist.

Ueberproduktion an Zuder. In welchem Ausmaß die Weltproduktion an Zuder gestiegen ist, zeigen die folgenden Ziffern: Die Weltproduktion betrug 1919/20 15 495 000 Tonnen, 1925/26 dagegen 24 300 000 Tonnen, eine Steigerung von 9 Millionen Tonnen. Sie ist heute um zwei Fünftel größer als 1920/21. Die Mohrzuckerzeugung hat während des Krieges und seitdem die Erzeugung von Rübenzucker stark überflügelt. In den Kriegsjahren wurden riesige Maschinenanlagen für Mohrzucker in den Vereinigten Staaten und in Mittel- und Südamerika errichtet; für diese Anlagen wurden aus den Vereinigten Staaten, England, Holland, Frankreich im Jahre 1921 Maschinen im Werte von mehr als 33 Millionen Dollar ausgeführt. Die Mohrzuckerproduktion Cubas erhöhte sich von 3 730 000 Tonnen 1919/20 auf 4 100 000 1925/26. Während so die Mohrzuckerproduktion immer noch zunimmt, zeigt die Rübenzuckerproduktion Europas ebenfalls die Tendenz der dauernden Steigerung. Heute bereits hat die europäische Rübenzuckerproduktion den Vorkriegsstand erreicht, trotzdem Ausland, vor dem Krieg der größte Zuderproduzent, vorläufig noch sehr stark zurückbleibt. Es ist aber mit der weiteren Erhöhung der Rübenzuckerproduktion zu rechnen, in um so größeren Umfang, je mehr der Kleinbesitz an die Stelle des Großgrundbesitzes treten wird. Der Verbrauch war bisher imstande, die ge-

steigerten Mengen an Rohr- und Rübenzucker aufzunehmen, allerdings nur zu verabsagten Preisen. Um eine Preissteigerung herbeizuführen, wurden in Cuba gesetzliche Maßnahmen zur Einschränkung der Produktion getroffen. Die Zuderzeugung wird aber in einer Anzahl von Ländern mit staatlichen Mitteln, hohem Zollschutz, Subventionen usw. gefördert, so in den Vereinigten Staaten, in England, das im übrigen den britischen Dominions und Kolonien Vorzugszölle auf Zuder gewährt hat. Das internationale Kapital sucht in der Zuderzeugung immer noch mit Vorliebe Verwendung, besonders in Mittel- und Südamerika.

Aus dem Gewerbe

Jubiläum Kösel-Pustet. Ein Jubiläum eigener Art beging am 13. November diese über die Grenzen des Reiches bekannte Verlagsanstalt. Die Firma Friedrich Pustet bestand an diesem Tage 100 Jahre, während die Firma Kösel auf eine 333 jährige Wirkbarkeit zurückblickte. Beide Firmen haben sich 1920 zu einem der größten buchgewerblichen Unternehmungen zusammengeschlossen. Die Firma Pustet ist aus seinen Anfängen hervorgegangen. Anton Pustet kam 1826 aus Passau, wo er eine Buchhandlung gegründet hatte, nach Regensburg. Hier errichtete er eine Druckerei. Das Verlagsgeschäft nahm einen raschen Aufschwung. Neben der theologisch-katechetischen Literatur widmete sich der Verlag immer mehr der Liturgie. Muster-gültiges wurde auf allen Gebieten geleistet. Korrektheit der Drucke, geschmackvoller Handschmuck, schön-geschmückte Initialen, formvollendete Typen, das waren immer Merkmale der Kösel- und Brevier-Ausgaben von Pustet. Die gleiche Sorgfalt wurde auch auf die Föderung der Kirchenmusik verwendet. 1853 fand die Veröffentlichung des ersten Bandes der „Musica divina“ statt, einer Sammlung echter religiöser Tonkunst, der seit 1868 die „Musica sacra“ folgte. Auf allen Anstellungen — Paris, Rom, Wien, München, Chitago usw. — wurden der Firma Preise zuteil. Auch die Liturgie der hauptsächlichsten Literaturzweig des Pustet'schen Verlages, so pflegte er doch auch die übrigen Gebiete der Theologie: Heiligt, Hagiographie, Moral- und Pastoraltheologie, Katechetik, Dogmatik, Homiletik, biblische Wissenschaft und Kirchengeschichte. Ebenso nahm er pädagogische und volkstümliche Schriften auf, wie auch gute Belletristik. So bilden z. B. die bunten, beliebten Hauschapsbücher einen wertvollen Beitrag zur gesunden Volksliteratur. Eine erfreuliche Tat war die 1874 erfolgte Gründung des „Deutschen Hauschaps“, der später mit der Zeitschrift „Sonntag ist's“ vereinigt wurde. Ein ebenso begrüßenswertes Unternehmen bedeutete die Herausgabe des „Regensburger Marienkalender“. — Der Verlag Kösel führt seinen Ursprung auf die fürstliche Druckerei vom Jahre 1593 zurück. Säkularisation brachten Verlag und Druckerei 1805 an den haatlich bestellten Geschäftsführer Josef Kösel. 1838 übernahm die Familie Huber die Firma. Weltruhm erlangte sie durch die Schriften des naturheilkundigen Pfarrer Kneipp. 1908 wurde die von Karl Muth gegründete Zeitschrift „Hochland“ übernommen. Die Lehrmittelabteilung des Verlages hat eine Reihe hervorragender pädagogischer Werke veröffentlicht. — Aus Anlaß des Jubiläums wurden zwei Festschriften herausgegeben. Die erste Schrift „Liturgische Drucke und Liturgische Drucker“ von Dr. Hanns Bohatta, gibt neben einer biographischen Würdigung des Verlages eine interessante Darstellung von der Entwicklung der liturgischen Buchdruckerkunst. Sie zeichnet sich durch vornehme Ausstattung, sorgfältigen Druck mit schönen Initialen und durch eine Fülle hervorragender Bildtafeln aus. Die zweite Schrift, ein Jubiläums-Almanach, bringt neben einem historischen Ueberblick von Professor Dr. P. Junt Gedrucktes und Ungedrucktes aus der literarischen Produktion des Verlages.

Aus Anlaß des Jubiläums wurde nachstehenden Arbeitsveteranen durch Herrn Kommerzienrat Pustet vom Deutschen Buchdrucker-Verein das tragbare Ehrenzeichen in Gold mit einem entsprechenden Diplom verliehen:

Nicolaus Gebhard, Buchbinder, eingetreteten 1873; Josef Weisenhofer, Buchbinder, eingetreteten 1874; Ferdinand Kreuzer, Buchbinder, eingetreteten 1876; Frau Frieda Dehm, Buchbinderarbeitsinhaber, eingetreteten 1878; Christian Meminger, Buchbinder, eingetreteten 1879; Georg Schnierer, Buchbinderarbeitsinhaber, eingetreteten 1880; Karl Beer, Buchbinder, eingetreteten 1881; Franz Scherzinger, Buchbinder, eingetreteten 1881; Johann Winkler, Buchbinder, eingetreteten 1881; Margarete Solzer, Buchbinderarbeitsinhaber, eingetreteten 1881; August G. Müller, Hilfsarbeiter, eingetreteten 1882; Alois

Baumgärtner, Buchbinder, eingetreteten 1884; Josef Kriegl, Buchbinder, eingetreteten 1884; Michael Franzer, Buchbinder, eingetreteten 1884.

Allen diesen stolzen und stolzen, die unserer Organisation treue tatkräftige Mitglieder sind, unsere herzlichsten Glückwünsche.

Reichstag und Gewerbe. Nach der „Zeitung“ Nr. 92 vom 16. November 1926 ist von Mitgliedern der Zentrumspartei dem Reichstage eine Interpellation zugegangen, die sich mit der Schädigung des Gewerbes durch die öffentliche Hand befaßt. Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

„Durch die neuerdings in immer stärkerem Maße zunehmende Einrichtung von öffentlichen und halb-öffentlichen Gewerbebetrieben werden das Handwerk und die Kleinindustrie schwer geschädigt. Insbesondere gilt dies für die Buchdruckereien und das Buchbindergewerbe. Letzteres wird ferner durch das Ueberhandnehmen der Gefängnisarbeiten in seinem Fortbestand ernstlich bedroht. Diese Mißstände wirken sich bei der untragbaren steuerlichen Belastung der Wirtschaft geradezu verhängnisvoll aus.“

Wir fragen an:

1. Sind der Reichsregierung diese Tatsachen bekannt? Ist sie bereit, bei den Reichsbehörden und deren Dienststellen solche Betriebsarrangements auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken und in diesem Sinne auf die Länderregierungen einzuwirken?

2. Welche Wirkungen haben die vom Reichsjustizministerium in der Reichstagsitzung vom 17. Februar 1926 zugefassten Maßnahmen zur Einschränkung des wirtschaftlichen Wettbewerbs der Straf-anstalten gehabt?

Das Prinzipalsorgan spricht die Erwartung aus, daß sich auch alle übrigen Parteien für diese Interpellation einsetzen.

Gewerkschafts-Rundschau

Schutz für ältere Arbeiter. Von unserem Deutschen Gewerkschaftsbund sind der Reichsregierung zum Schutze der älteren Arbeiter folgende Forderungen unterbreitet worden:

1. Erhebliche Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung.
2. Verschärfung der Stilllegungsverordnung sowie Sicherung, daß bei Wiederaufnahme stillgelegter Betriebe zunächst die feierlichen Arbeiter und Angestellten wieder eingestellt werden, und daß die neue Belegschaft hinsichtlich des Alters nicht ungünstiger zusammengesetzt ist als die alte.
3. Bei Stilllegungen aus preispolitischen oder produktionsstechnischen Gründen sind die Arbeitnehmer angemessen zu entschädigen.
4. Das auf Grund des § 84 des Betriebsrätegesetzes gegebene Einspruchsrecht gegen Kündigungen soll auf alle Betriebe ausgedehnt werden.
Dem § 84 BRR. ist eine neue Nummer 5 mit folgendem Wortlaut hinzuzufügen:
Wenn bei einer Betriebszugehörigkeit von mehr als fünf Jahren der betreffende Arbeitnehmer das 40. Lebensjahr überschritten hat.
5. Schärfte Unterbindung aller gewerkschaftlichen und sonstigen Arbeitsnachweise, deren Träger nicht Gemeinden oder anerkannte Berufsvereine sind.
6. Die Reichsregierung möge eine Denkschrift vorlegen:
 - a) über den Umfang der Entlassung älterer Arbeiter,
 - b) über die Auswirkungen bereits bestehender Schutzbestimmungen im Inlande und Auslande, soweit sie Einstellungsanspruch, Kündigungsanspruch und Entschädigung älterer Arbeiter und Angestellten betreffen.

Es muß mit allem Nachdruck versucht werden, den vorstehenden Forderungen Geltung zu verschaffen. Die Angelegten haben bereits einen, wenn auch noch sehr unvollkommenen Kündigungsanspruch. Jetzt muß auch etwas für die Arbeiter auf diesem Gebiete getan werden.

Jahrbuch für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene. Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener hat ein Jahrbuch herausgegeben, dessen 200 Seiten umfassender Inhalt für alle Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen von großer Bedeutung ist. Neben den Bestimmungen über die Gewährung der Zulafrente und der orthopädischen Hilfsmittel enthält es auch die Wortlaute des Verfahrensgesetzes und des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerkrriegsbeschädigter sowie die neuesten Rententabellen, die die Rentensätze der Kriegsbeschädigten, Kriegerehten, Kriegerehten, Kriegerehten und die neuesten Einkommensgrenzen und Zu-

fabrentrabträge für alle Zusatzrentenempfänger ausweisen. Daneben werden eine allgemein verständliche Aufweisung über das Verhalten in Rentenreitenden vor dem Verzugs- und dem Reichsverzugsgericht erteilt und zahlreiche andere praktische Ratschläge gegeben. Der niedrige Preis dieses Jahrbuches beträgt 90 Pf. das Stück ohne die geringen Unkosten für Porto und Verpackung. Bestellungen sind an die Hauptgeschäftsstelle des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener e. V., Berlin W 18, Große Frankfurter Straße 53, zu richten. Der Versand erfolgt unter Nachnahme.

Berichte aus unseren Zahlstellen

Augsburg. Am 4. November hielten wir unsere Werberversammlung ab, an der auch Kollege Bö r n e r (München) teilnahm. Leider ließ der Besuch trotz eifrigster Vorarbeit etwas zu wünschen übrig. Kollege Bö r n e r ging in seinem Vortrag von der Vorkriegszeit aus und leitete dann auf die Erzeugnisse der Nachkriegszeit über. Wir haben alle Veranlassung, das Erreichte festzuhalten und mit allen gesetzlichen Mitteln zu verteidigen. Treisende Worte fielen über das Verhalten von mancher Arbeitnehmer, die wohl in allen möglichen Umständen-Rechnen die sauer verdienten Groschen verschwenden, für die notwendige Standesorganisation aber nichts übrig haben. Kollege Knöpfle vom christlichen Beschäftigtenverband richtete ermunternde Worte an die Versammelten. Kollegen Knöpfle, der schon seit Jahren in selbstloser Weise unserem Verband seine Mitarbeit leiht, sei auch an dieser Stelle unser aufrichtigster Dank gesagt. Die Versammlung schloß mit der Aufforderung an alle Teilnehmer, alles daran zu setzen, um unseren Verband weiter auszubauen. J. Pr.

Berlin. Hatte unsere letzte Mitgliederversammlung am 20. November auch seinen überwältigenden Besuch aufzuweisen, so wurde man doch entschädigt durch eine fastliche Anzahl Kollegen, die man sonst nur selten oder überhaupt nicht sieht. Punkt 3 der Tagesordnung, die „kurze sozial- und wirtschaftspolitische Umschau“ des Kollegen B r e i s, rief eine rege Aussprache hervor. Besonders eingehend unterließ man sich über die Nationalisierung und ihre Auswirkungen für die Arbeiterchaft in Gegenwart und Zukunft. Nicht minder interessant war auch eine feinnütige Aussprache über die Stellung und Betätigung der Kirchen in sozialen Fragen. Diese Aussprache wird hoffentlich auch bei den Versammlungsbefuchern erneuten Eifer für tatkräftige Werberarbeit zur Kräftigung unseres Berufsverbandes und somit unseres Berufsstandes erweckt haben. Das wird sich am besten zeigen bei dem Eifer jedes einzelnen, den er bei der Hausagitation aufbringt. Im Zusammenhang damit sei hier gleichmäßig betont, daß der nächsten Zeitungsendung Adressen zur Hausagitation beilegen. Schnellste Erledigung und Rücksendung der Berichtskarten ist Ehrenpflicht. Unsere geplante Weihnachtsfeier findet nun bestimmt am 20. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im „Dresdener Garten“, Dresdener Straße 46, statt. Wir verpersprechen nicht zu viel, wenn wir behaupten, daß bei dieser Veranstaltung alle, Erwachsene sowie Kinder, auf ihre Kosten kommen. Um für jedes Kind auch eine passende kleine Weihnachtsgabe bereit halten zu können, bitten wir um schneilste Angabe von Name, Anzahl und Alter der teilnehmenden Kinder. Zur Dedung der Unkosten werden von jedem Erwachsenen 50 Pf. als Unkostenbeitrag erhoben. Wir erwarten, daß sich jedes Mitglied mit Angehörigen beteiligt und werden der nächsten Zeitungsendung zwei Karten belegen. Den Betrag wolle man durch den Kassierer baldigst zum Büro abführen lassen. Kinder kosten natürlich nichts. Zur Verschönerung des Festes soll ein aus unseren Reihen gebildeter gemischter Chor einige schöne alte Weihnachtslieder einüben. Es fehlen aber noch einige stimmbegabte Kolleginnen und Kollegen. Jeder, der Interesse daran hat, unsere Feier verschönern zu helfen, komme am Sonntag, 28. November, vormittags 10 Uhr, zur ersten Übungsstunde in die Wohnung des Kollegen K n a p p e, Berlin E, Heiligegeiststraße 38 (das berühmte Altkölnische Haus zum Redkopp), Nähe Rathaus. Auch langgestreckte Angehörige und Bekannte sind willkommen. Wer durchaus am Sonntag nicht kommen kann, melde sich sofort im Büro an, damit er von der nächsten Übungsstunde benachrichtigt werden kann. Erinnerung sei auch noch an die kleinen Paketen für den Weihnachtsabend. Also nichts vergessen und treu mithelfen! E. P.

Cleve. Am 17. November hatten wir eine Versammlung. Sie war gut besucht. An der Versammlung nahmen auch Kolleginnen und Kollegen von Goch teil, ferner auch eine Reihe von Kollegen vom Gutenberg-Bund. Bezirksleiter Kollege S c h m i g M. (Glabbad) hielt einen Vortrag über das Thema: „Die Arbeiterchaft einst und jetzt“. Durch diesen Vortrag wurde insbesondere den Kolleginnen vor Augen geführt, was sie der Gewerkschaft zu verdanken haben. In der Aussprache, die sehr rege war, wurden Agitations-

möglichkeiten gezeigt. Die Kollegen vom Gutenberg-Bund erklärten sich bereit, hilfreiche Hand zu leisten. Fünf Neuaufnahmen konnten gebücht werden. Kollege C l a a s s e n, die die Leitung der Zahlstelle übernommen hat, gab noch einen interessanten Bericht von unserer Bezirkskonferenz in Düsseldorf. Sie führte aus, daß die Konferenz eindrucksvoll verlaufen sei, und daß alle mitarbeiten müßten, daß auch in Cleve der Verband Fortschritte macht. Es wurde beschlossen, den Lokalbeitrag von 5 auf 10 Pf. zu erhöhen. Ferner soll sofort in die Hausagitation eingetreten werden.

Duisburg. Am 12. November fand in Duisburg eine Versammlung statt, zu der auch eine ganze Reihe Nichtmitglieder eingeladen waren. Der Besuch ließ zu wünschen übrig. Kollege S c h m i g M. (Glabbad) hielt einen lehrreichen Vortrag. Dann unterhielten wir uns über Agitation. Die Zahlstelle Duisburg kann schon einen schönen Erfolg buchen, denn die Mitgliedszahl hat sich um etwa 30 Prozent erhöht. Durch diesen Erfolg angeregt, wollen wir nun mit doppeltem Eifer an die Arbeit gehen. E. H.

München. Am 16. November fand im Rath. Gesellschaftshaus die Werberversammlung unserer Zahlstelle statt. Vorsitzender S t e i n h a r d t eröffnete sie, begrüßte die Anwesenden, besonders den Referenten Kollegen B ö r n e r und den Vorsitzenden des Gutenberg-Bundes L a u p p. Kollege Bö r n e r schilderte in interessanter Weise die Verhältnisse der Arbeiter von früher und jetzt. Er forderte die Mitglieder zu eifriger Werberarbeit auf, damit wir erhalten können, was wir in jahrzehntelanger Gewerkschaftsarbeit gewonnen haben. Mit großer Aufmerksamkeit folgte man den lehrreichen Darlegungen und dankte dem Vortragenden durch lebhaften Beifall. Es folgte eine kurze Aussprache. Unsere Weihnachtsfeier mit Kinderbescherung wird wie in früheren Jahren abgehalten.

Wabern. Am 7. November fand aus Anlaß der Werbewoche im Puschhaus eine Versammlung statt, die der Vorsitzende Kollege B r ö d l i n g leitete. Unser Bezirksleiter Kollege K e m b ü g l e r (Dortmund) und ein Vertreter des Gutenberg-Bundes nahmen an der Versammlung teil. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles sprach Kollege Kembügler über den deutschen Arbeiter in Staat und Wirtschaft. Die packenden Worte fanden reichen Beifall. Eine Aussprache schloß sich an. Am Orte ist fast alles organisiert.

Literatur — Eingänge

Festschrift der Zahlstelle Düsseldorf. Herausgegeben zum 20. Stiftungsfeste des Graphischen Zentralverbandes der Zahlstelle Düsseldorf am 7. November 1926.

Es ist wohl das erste Mal, daß eine Zahlstelle unseres Verbandes aus Anlaß eines Vereinsjubiläums den Mut zur Herausgabe einer Festschrift aufbrachte. Wir sagen Mut, denn die Vorarbeiten zu einem derartigen Unternehmen sind umfangreicher als manche meinen und die finanziellen Fragen bereiten dazu meist auch noch Kopfzerren. Unsere Düsseldorf-Kollegen haben solche Widerstände überwunden, dafür wissen wir ihnen Dank. Die Festschrift macht außerdem einen vornehmten Eindruck. Der tobirauene Umschlag bringt den knappen Textausdruck in Gold topographisch und plastisch zur Geltung. Der Vorderdeckel hält die Zeugnise von 24 Seiten in Großformat hübsch zusammen. Mit dem äußeren Rande muß aber auch das Innere harmonisieren. Nur so kann es einen guten Klang geben. Leider ist bei dieser Festschrift die innere Ausstattung zu kurz gekommen. Sagt man Druck sind keine Entschuldigungen der Handdruckeri G. m. b. H. in Düsseldorf, in der die Schrift hergestellt wurde. Der Text ist teilweise in Antiqua, teilweise in Fraktur gesetzt. Im Anzeigenteil findet man alle möglichen Schriften in kinostatischer Anordnung. Text und Anzeigen sind dabei gefällig durcheinandergewürfelt. Mitten im Anzeigenteil findet man sogar die Tagesordnung für die Bezirkskonferenz. Der ganze Schrift sieht das Einheitsliche, das Organische; keine hat die Empfindung, als hätten Leute daran gearbeitet, die keine blasse Ahnung von der Kunst Gutenberg haben. Gärten unsere Düsseldorf-Freunde bei der Herstellung der Festschrift wichtige Mitglieder des Gutenberg-Bundes zu Rate gezogen, diese Kritik wäre dann überflüssig gewesen.

Mit Beiträgen sind unsere Kollegen H a g e d o r n und Franz M o s e r in der Schrift beteiligt. Zum Abdruck kam auch der von dem Kollegen H e n r i c h D r i m a n verfaßte Prolog. Vorsitzender Hagedorn entwirft den Festteilnehmern den Willkommengruß, während Schriftführer Moser in knappen Sätzen die Geschichte der Düsseldorf-Zahlstelle behandelt. Berauh.

Der Bucherkäufer 1927 des Herder-Verlags leistet beim Weihnachtsbuchkauf gute Dienste. Darüber hinaus ist er für das kommende Jahr ein vortrefflicher literarischer Berater. In erster Linie fanden die allgemein interessierenden Neuerscheinungen und Neuauflagen des Jahres 1926 Berücksichtigung; die beigegebenen Besprechungen geben eine gute Kennzeichnung des Inhaltes. — Einen Begriff von der Reichhaltigkeit des Verlags bietet die Aufzählung der einzelnen Abchnitte des Bucherkäufers: So: die Literatur — Volksschriften — Klassiker — Jugendbücher — Literaturgeschichte — Kunst und Musik — Reisebeschreibungen — Geschichte — Lebensbilder — Religiöse Schriften — Erziehung — Philosophie — Kulturprobleme — Staats- und Wirtschaftsleben — Nachschlagewerke. Es handelt sich durchweg um beachtenswerte Bücher, die sorgfältig vorbereitet, gut ausgestattet und planvoll in den geistigen Bau der Men schheit eingekleidet sind. — Herder-Verlag 1927. — Vom Verlag Herder in Freiburg i. Br. und von jeder Buchhandlung kostenlos erhältlich.

Briefkasten

J. G. in W: Deine Mitteilung haben wir mit dem Jubiläumsbuch verarbeitet. So wird's Euch doch wohl gefallen? Gruß! — **P. S.:** Das ist die beste Werberarbeit. Der Gesellschaftler Kolping hat einmal gesagt: Wer Menschen gewinnen will, muß das Herz zum Grunde einlegen. Gebt's demnach! — Was schmerzt Euch wohl, wer denn der Negativist ist, den der Welt gegen sich hat? — Was ist's, was die frühere Vorsitzende des freien Buchbinderverbandes ist? Er und kein anderer ist es. — **E. W.:** Geh! arbeite die Gewerkschaft mit allen Kräfte an!

Ziel hin, die Altersgrenze in den sozialen Versicherungen auf 60 Jahre herabzusetzen. Gut Ding geruht aber lange Weile. Im übrigen sind wir der Meinung, daß diese Frage im Zusammenhang mit den Nationalität ungenomnahmen recht bald gelöst werden muß. Gruß! — **E. H. u. O. T.:** Ganz richtig, das gehört Mut. Die Arbeiter bringen aber sich — mit Arbeit! Ichon so neu an den Feiern und Reichtumstag gewöhnt, daß sie nicht so leicht davon ablassen. Was aus den Millionen Arbeitslosen und deren Familien dann wird, das ist die Frage, wenn sie fertig sind! Mühen die Gesellschaft nur so weiter machen. Die letzten Dinge werden dann schimmer sein als die ersten. — **R. P.:** So etwas gehört in erster Linie in eine Ortszeitung.

Graphischer Zentralverband Köln a. Rh.

Verkehrsstr.: Genslerwall 9, Fernspr. West 52595
Postfach: Köln 15171

Abrechnungen vom 3. Vierteljahr fanden ein bis zum 20. November: K. A. Heilmann, Cleve, Eberfeld, Münster, Barmen, Krefeld, Bonn, Köln, Aachen, Düsseldorf, Essen, Dortmund, Bielefeld, Gelsenkirchen, Gladbach, Hagen, Hamm, Köln, Krefeld, Maastricht, Mettmann, Mülheim, Neuss, Paderborn, Remscheid, Solingen, Trier, Viersen, Wuppertal, Xanten, Ysselt, Zwickau.

Es fehlen noch 25 Ortsgruppen. Wir bitten aber sehr dringend um baldige Erledigung der Abrechnungen. Werber gingen ein: Frankfurt, Februgg, Neuf, Cleve, Barmen, Berlin, Paderborn, Münster, Mülheim, Krefeld, K. A. Heilmann, Remscheid, Eberfeld, Vandsch, Arnsberg, Mainz, Eberfeld, Düren, Eilen, Donsch, Wörrth, Aberg, Konfanz, Eberfeld, Neuruppin, Freiburg b. Hamburg, Krefeld, Cleve.

In Teilzahlungen auf das 4. Vierteljahr wird ermahnt. Die Statistikkarten für November müssen bis zum 5. Dezember eingekandt werden.

Werberflugblätter für Kollegen und Kolleginnen sind erschienen. Beide sind gebondert gehalten. Wir haben diesmal besondere Wert darauf gelegt, die Werberchriften technisch gut auszustatten. Möge man überall von den Werberchriften regen Gebrauch machen.

Neu erschienen sind von der Geschäftsstelle zu Berlin: Nachträge zum Akkordtarif, Reichstatarifvertrag für das Deutsche Buchbindergewerbe (D. B. V. Tarif), Gültig ab 1. Juli 1926. — Reichstatarifvertrag für Buchdrucker- und Buchbinder.

Die Leistungen vom „Deutschen“ sollen jeden Monat eingekandt werden.

Zeilenpreis 10 Pfennig
Sorauszahlung erforderlich

Anzeigen
Zahlstellenanzeigen
kosten 5 Pfennig die Zeile

Unserem lieben Kollegen
Philipp Wolf
und seiner lieben Frau
die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Ortsgruppe Köln.

Unserer Kollegin
Emma Schmidt
nebst Bräutigam
herzlichste Glück- und Segenswünsche zur Vermählung.
Zahlstelle Breslau.

Verbandsabzeichen
des Graphischen Zentralverbandes
Einzel pro Stück 60 Pf.
Von 5 Stück an pro Stück 50 Pf.
Bestellungen an:
Graphischer Zentralverband, Köln
Genslerwall 9.

Das Adressenverzeichnis
des Graphischen Zentralverbandes
Stand vom 1. Juli 1926
ist erschienen. — Bestellungen an die Hauptgeschäftsstelle
Köln, Genslerwall 9

Jedem sein Herderbuch
SO SCHENKEN SIE WAHRE WERTE
Sprechen Sie mit Ihrem Buchhändler
Kostenlos erhalten Sie in jeder Buchhandlung „Herders Bucherschatz 1927“ und „Herders Bucherbote Herber 1926“. Wo nicht erhältlich, wende man sich an den Verlag Herder zu Freiburg i. Br.

Druckereibuchhändler
kath., mit allen vork. Arbeiten (Papierarbeiten usw.) vertraut, sofort gelandt. Jeugnisabschriften.
Druckerei des Johannes-Klosters
Düsseldorf a. Rh.

Gewerkschaftsliteratur
begleichen unsere Mitglieder vom
Christl. Gewerkschaftsperioid.
Stn.-Wilmersdorf, Köpenicker Str. 20